

Danziger Volksstimme

Organ für die werktätige Bevölkerung
der Freien Stadt Danzig
Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Die „Danziger Volksstimme“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreise: In Danzig bei freier Zustellung ins Haus monatlich 6.— Mk., vierteljährlich 18.— Mk.
Redaktion: Am Spandhaus 6. — Telefon 720

Einzelnummern: Die Einzelnummern zu je 1.50 Mk. von November 2.40 Mk. Abwärts nach dem Abgang des Monats. — Bei Abbestellung des Abbestellens bis zum 1. Oktober. — Die Abbestellung des Abbestellens bis zum 1. Oktober. — Die Abbestellung des Abbestellens bis zum 1. Oktober.

Nr. 268

Donnerstag, den 17. November 1921

12. Jahrgang

Kampf gegen die Vorschläge der Industrie.

Das Reichskabinett hielt Dienstag nachmittag eine längere Sitzung ab, in der die Reparationsfragen im Zusammenhang mit der Kreditaktion der Industrie besprochen wurden. Der Ministerrat erklärte sich einstimmig für die Ablehnung der von der Industrie zur Voraussetzung für den Kredit gemachten Bedingungen, vor allem für die Ablehnung einer Entstaatlichung der Eisenbahn. Hierauf beschäftigte sich der Ministerrat mit dem Reparationsproblem und mit der Beschaffung der für die nächste Monatszahlung am 15. Januar notwendigen Devisen. Ueber den Verhandlungen mit den Mitgliedern der Reparationskommission wird das strengste Stillschweigen gewahrt.

Am Mittwoch wird der Reichskanzler in einer vertraulichen Sitzung des Reichsausschusses der Zentrumspartei Mitteilungen über den Stand der Dinge machen. Der Kanzler wird dabei mit seinen engeren Parteifreunden auch die eventuelle Notwendigkeit einer Reichstagsaufscheidung durchsprechen.

Von seiten der freien Gewerkschaften und der großen Angestelltenorganisationen wurde heute ein wirtschaftliches Programm aufgestellt, das sich mit den geplanten Vorschlägen der Regierung in vieler Beziehung deckt. Die freien Gewerkschaften verlangen in ihrem Programm die Übertragung des vierten Teiles des Kapitals der Aktiengesellschaften auf das Reich und die entsprechende Steuerliche Belastung der kleineren gewerblichen Unternehmungen und der Landwirtschaft. Zur Erhöhung der Kreditfähigkeit des Reiches wird die Sozialisierung des Kohlenbergbaues gefordert. Während dieser Programmpunkte von seiten der bürgerlichen Parteien am meisten bekämpft werden wird, bietet sich in der letzten Forderung der Gewerkschaften nach einer Neuordnung der Eisenbahn zur Erzielung ihrer wirtschaftlichen Rentabilität ein Anknüpfungspunkt für weitere Verhandlungen mit der Industrie. Erschwert werden jegliche weiteren Verhandlungen freilich durch die Haltung der deutschnationalen Presse gegenüber der Kreditaktion.

Die Industriebarone setzen sich zur Wehr. Ueber die Vernichtung des Staates, als eine Schwärmerung des Profits. Der „Berl. Volksanz.“ droht bei einem Scheitern der von der Industrie nur unter den bekannten Bedingungen in Aussicht gestellten Kredithilfe mit dem Wespensitz des Staatsbankrotts schon am Termin der nächsten Reparationszahlung am 15. Januar. Das deutschnationalen Blatt vertritt sich dabei auf seine Prophezeiungen von dem vermeintlichen Zusammenbruch schon vor Annahme des Verordnungs-Matiums.

Nordamerika und der Marktsurz.

Führende amerikanische Analysten haben an den Senat und die Regierung die folgende Petition gerichtet, in der angesichts des raschen Anstiegs der deutschen Mark das Erziehen geteilt wird, um der Währungsinstabilität der Marktwährung zur sofortigen Beratung zu stellen.

Ubrüstung aus Lande?

Die Einbringung eines Vorhabens für die Ubrüstung aus Lande wird erwartungsvoll von englischer oder italienischer Seite unmittelbar erfolgen. Irland hat sich mit der englischen Delegation besprochen. Im Laufe der bevorstehenden Erörterungen werde vielleicht Voten wegen seiner 100.000 Mann-Armee Schikanen ausgeübt sein. Italien mit seinen 280.000 Mann werde vielleicht mit Rücksicht auf seine Bevölkerungs-differ eine Einschränkung vornehmen. Was Frankreich anlangt, so werde es vor der Forderung den Beweis dafür liefern, daß Rußland heute 1.000.000 Mann mit 500.000 Mann Bajonetten und 100.000 Kanonen mobil machen könne. Die französische Delegation werde ferner auseinandersetzen, daß Deutschland einen Grundstock von 200.000 Mann besitzt. In der weiteren sieben Millionen Soldaten samt den 100.000 Kanonen, Maschinengewehren und Flugzeugen ausbringen könne (?). Die französische Delegation werde auch klarlegen, daß England mit den 100.000 Mann über 700.000 Mann habe; es müsse also ein Preis mit seinen Kolonien gestattet sein, 157.000 Mann mit 100.000 Kanonen nach dem Berichterstatter die 100.000 Mann zu stellen.

Ende 1921 sein) zu unterhalten, davon 300.000 Mann im Landesinneren. Beim Waffenstillstand hätte Frankreich 4.780.000 Soldaten gehabt. Wirksame Garantien vorausgesetzt, so werde die französische Delegation sagen, werde Frankreich gern seine Armee noch mehr einschränken.

Uffstand in Ostkarelien.

Im Auftrage der gegen die Bolschewisten im Aufstand befindlichen Ostkarelier überreichte der in einer Versammlung der kareelischen Kommune am 15. Oktober gewählte Aktionsausschuß der finnischen Regierung ein Schreiben, in dem die Hilfe der finnischen Regierung für die Karelier in ihrem Kampfe erbeten wird. Weiter heißt es in dem Schreiben: Die Versammlung hat beschlossen, die Auflösung Ostkareliens von Rußland zu versuchen und hat Guerillatruppen organisiert, die die Sowjetregierung den Dorpat Vertrag bezüglich Ostkareliens fortwährend bricht und das kareelische Volk grausam terrorisiert. Die Karelier bitten die finnische Regierung, die Sache der Ostkarelier mit allem Nachdruck beim Völkerverbund zu vertreten und den Flüchtlingen Asylrecht zu gewähren. Die Freiheitsbewegung sei ausschließlich der eigenen Initiative der Ostkarelier entsprungen. Die finnische Regierung hat noch keine Antwort auf das Schreiben erteilt.

In Rajana eingetroffene Ostkarelier berichten, daß die Bolschewisten aus mehreren Dörfern vertrieben seien. Bei Kämpfen an der Wurmmanbahn wurde diese an drei Punkten zwischen Kem und Petroschowsk ausgerissen. Die finnische Regierung hat den Grenzposten besetzt, einen Bruch des Friedensvertrages zu vermeiden.

Lebensmittelpfändungen in Neukölln.

Dienstag vorm. gegen 10 1/2 Uhr rief die Geschäftsleitung der Konsumgenossenschaft Neukölln die Herrmannstraße der Schuppstraße an und teilte mit, daß ihr Verkaufsladen Steinwegstraße 114 von einer zahlreichen Menschenmenge ausgeplündert worden sei. Es wurde sofort eine große Anzahl von Beamten dorthin entsandt, doch war die Menge inzwischen weiter gezogen und hatte gegen 11 1/2 Uhr die Verkaufsräume der Neuköllner Handelsgesellschaft in der Weisestraße ebenfalls ausgeplündert. Dabei wurden auch einige Kassenheben eingeschlagen. Unmittelbar darauf gegen 11 1/2 Uhr kam ein weiterer Alarmruf aus der Rogaustraße, wo sich die Zentrale der Großen Handelsgesellschaft befindet. Hier war gleichfalls eine größere Menschenmenge in den Verkaufsräumen eingedrungen, hatte auch, was an Lebensmitteln vorhanden war, in verpackten Taschen und Körben verpackt und war damit davongelaufen.

400 Millionen Mark für Oppau.

Die für die Verunglückten in Oppau von den verschiedenen Organisationen und Behörden eingeleiteten Sammlungen, einschließlich der Sammlungen der Zeitungen, haben bisher den Gesamtbetrag von 400 Millionen Mark ergeben.

Wahrschau in Obersachsen.

Deute früh wurden Beamte und Arbeiter, die 370.000 Mk. Währungsgehalt nach dem Holzwerk Wismarstraße trugen, von Räubern überfallen. Die Beamten wurden zu Boden geschlagen, ein Arbeiter durch einen Schuß verletzt. Die durch die Schieberei alarmierte Gemeindefeldwehr verhinderte den Raub. Ein Räuber wurde verhaftet.

Neue Provokationen der Polen. Die Polen sind in die litauische Bevölkerung, die die Hilfe des Völkerverbundes drei Kilometer bei eingeschoben und bedrücken die litauische Bevölkerung, die sich die Hilfe des Völkerverbundes anrief mit der Bitte, die Sacklage an Ort und Stelle zu untersuchen.

Schuppverträge gegen Polen. Die Zemberger Blätter veröffentlichen Einzelheiten eines Vertrages, der in Wien zwischen der ukrainischen Sowjetregierung Rakowsky und der Regierung Petroschewitsch abgeschlossen worden sein soll. Darin verpflichten sich die beiden Regierungen, einander bei der Verwirklichung der Staatspläne und Währungsfragen gegen die Anwesenheit der Polen beizustehen.

Radikale Ubrüstung?

Am Sonnabend wurde in Washington die vom Präsidenten Harding angeregte und von sämtlichen in Betracht kommenden Staaten besetzte Ubrüstungs-Konferenz eröffnet. In seiner Begrüßungswortrede vor dem Kongress erklärte der Präsident, daß die Welt durch die Ubrüstung der Welt vor dem Ausbruch eines Weltkrieges geschützt werden könne. Die Konferenz solle die Ubrüstung der Welt vor dem Ausbruch eines Weltkrieges geschützt werden.

Die Pflicht der Konferenz ist, die Hoffnungen und Wünsche der Völker zu berücksichtigen. Die Welt droht unter dem Gewicht ihrer Schulden zusammenzubrechen. Es ist notwendig, daß man die Lasten von ihren Schultern nimmt. Alle Männer, die eine wirkliche Ubrüstung der Welt bewirken wollen, verlangen, daß der Krieg außerhalb des Gesetzes (also als etwas „Ungefähliches“) erklärt werde.

Eine internationale Verständigung kann nur durch gegenseitiges Opferbringen erreicht werden. Es ist nicht beabsichtigt, daß die einzelnen Völker auf ihre individuellen und nationalen Rechte verzichten sollen. Das zu fordern, würde Unrecht sein. Kein Volk darf untergehen.

Die Konferenz hat nicht die Absicht, einen Völkerverbund darzustellen und die Menschheit zu reformieren. Hunderte von Millionen von Erdenbewohnern fordern von den Staatsmännern, daß die Ausgaben für Verteidigungswaffen für den Wiederaufbau verwendet werden.

Die Welt ist friedliebend und drängt nach Erneuerung; sie hungert und dürstet nach besserem Zusammenleben. Die Menschen sehnen nach Erziehung und Hebung nach der Weisheit dauernden Friedens.

Nachdem Präsident Harding die Konferenz verlassen hatte, kündigte Staatssekretär Hughes an, daß die Verhandlungssprachen Englisch und Französisch sein werden. Darauf sprach Hughes einige Dankesworte. Dann schlug Hughes vor, daß Hughes den Vorsitz führen solle. Hughes wurde darauf durch Ruf zum ständigen Vorsitzenden gewählt. Hughes gab der Versammlung Ausdruck, daß die Zusammenarbeit der Vertreter der eingeladenen Regierungen zu einem glücklichen Ergebnis führen werde. Es wäre dem Präsidenten höchst angenehm gewesen, alle Mächte zur Teilnahme an der Konferenz einzuladen. Da jedoch infolge der durch den Krieg eingetretenen Verhältnisse die Kontrolle über die Rüstungen in der Hauptsache von der als alliierte und assoziierte Hauptmächte bezeichneten Gruppe ausgeht, seien die Ubrüstungen auf die dieser Gruppe angehörenden Mächte beschränkt worden. In der Nacht dieser Mächte stehe es, eine Ubrüstung durchzuführen. Da jedoch die Interessen anderer Mächte an den Angelegenheiten im fernsten Osten deren Teilnahme wünschenswert erscheinen ließen, seien mit Billigung der alliierten und assoziierten Hauptmächte Belgien, China, Niederlande und Portugal eingeladen worden. Teilnehmende Hughes erinnerte an das Manifest des ehemaligen russischen Zaren Nikolai II., in dem schon klar ausgesprochen worden sei, daß durch die Rüstungen die geistigen und körperlichen Kräfte, Arbeit und Vermögen der Völker zum größten Teil ihrer natürlichen Bestimmung entzogen würden; damals sei auch schon ausgesprochen worden, wie günstig unproduktiv Hunderte von Millionen zur Herstellung schrecklicher Kriegswaffen verwendet würden, morgen aber durch irgendeine neue Erfindung wertlos seien. Je mehr der wirtschaftliche Fortschritt der Nationen durch die Steigerung der Rüstungen gehemmt werde, um so weniger könnten die Regierungen die ihnen gestellten Aufgaben erfüllen. Die Krise der Weltwirtschaft sei zum großen Teil durch das gegenwärtige System überreizter Rüstungen und die durch die Anhäufung von Kriegsmaterial sich ergebende lähmende Gefahr entstanden. Offenbar würde eine weitere Fortdauer dieser Zustände ein unglaublich unheimliches machen, ein Unglück, dessen Abwehr die Welt erhebe, vor dessen Schrecken jeder denkende Mensch im voraus erschauern müsse.

Darauf spielte Hughes den amerikanischen Truppen aus: in amerikanisches

Programm für die Ubrüstung.

Das wie eine Bombe in die ohnmächtige und auf eine so radikale Formel nicht vorbereitete Versammlung einwirkte, um so mehr, als es in verschiedenen Delegationen, besonders in der französischen und auch der englischen, von maßgebenden Militärs nur so wimmelt. Hughes beantragte nämlich im Namen der amerikanischen Delegation:

daß Großbritannien, die Vereinigten Staaten und Japan künftig 68 Großkampfschiffe mit einem Gesamttonnagegehalt von 1.878.043 Tonnen aus der Rüste der Kriegsschiffe streichen sollen; Amerika Anteil würde 845.740 Tonnen betragen, Großbritannien 18 Schiffe (688.976 Tonnen) und Japan Anteil 17 Schiffe (448.923 Tonnen).

Das von Hughes aufgestellte Programm scheint die Anerkennung des britischen Vorranges, die größte Flotte zu unterhalten.

Nach Annahme des Programms würde Großbritannien 23 Großkampfschiffe (604.650 Tonnen) behalten dürfen, Amerika 18 (500.650 Tonnen) und Japan 10 (299.600 Ton-

nen). Das Programm bestimmt im einzelnen, daß für diese Schiffe keine Ersatzbauten innerhalb zehn Jahren vorgesehen werden dürfen. Nach Ablauf dieser zehn Jahre soll für die Flottenflotte eine Ersatzflotte von 10 000 000 Tonnen für England und die entsprechenden Flotten und von 800 000 Tonnen für Japan gelten.

Das Erhalten der Unabhängigkeit dieser zehnjährigen Schiffsbauten war darum besonders groß, weil die von amerikanischen Kongress im vorigen Sommer angenommene Resolution nur bestimmte, daß Großbritannien, Amerika und Japan eine Bauaufgabe von fünf Jahren aussetzen lassen sollten. Durch die Erklärung, Amerika sei entschlossen, einen ernstlichen Schritt zur Verwirklichung der Abmachung durch die Aufstellung seines Programms zu unternehmen, Amerika habe gegenüber Japan gewisse Vorteile im Bau. Falls das vorgeschlagene Programm angenommen werde, sei Amerika bereit, auch diese Schiffe zu kreuzen.

Dieses betonte besonders die Notwendigkeit, mit der Einschränkung der Beschränkungen sofort zu beginnen. Das die Welt brauche, sei sofortiges Handeln.

Darum schloß die amerikanische Regierung vor, zunächst und letztlich an die Frage der Flottenabrüstung heranzutreten.

Man kann sich wohl vorstellen, daß die ersten Meldungen über dies unerwartete Washingtoner Ereignis so lärmlich waren, wie man das bei der allgemeinen Bekämpfung in den ausländischen Delegationen nicht anders erwarten konnte. Besonders die Engländer sollen fast sarkastisch gewesen sein, und Frankreich leitete ab der Zeit, wie Lording die Bekämpfung anfaßt, die Befragung ab, daß nun logischerweise auch die Landrüstung vor ein „Entweder — oder!“ gestellt werden würde. In der allgemeinen Aufregung blühte alles auf. Auf dem amerikanischen Kontinent existierten direkt Rufe nach ihm; und schließlich sah sich der französische Ministerpräsident gezwungen, ein paar Worte über die Haltung Frankreichs zu sagen. Er beschwerte sich auf ein paar historische Zitate und wollte mit Amerika völlig einig sein, wenn ... Wenn Frankreich seine Orangen in Sicherheit wählt, dann würde es gern in den Krieg eintreten: „Die Waffen nieder!“ Auch Irland erregte lebhaften Beifall. Weiter sprach noch der belgische Delegierte, Garrier de Marchienne, der Chinese Wellington Koo, der besonders hervorhob, daß der Augenblick für die Regelung der Probleme des Stillens besonders günstig sei, der holländische Delegierte von Ruyter und der vorzugswürdigste Vertreter Däne. Darauf wurde die Konferenz mit Dienstag mittag vertagt.

Deutsche Reparationsschuld.

Das Handelsdepartement in Washington hat gestern eine Uebersicht über die Gesamtheit der deutschen Reparations- und veröffentlichen, die sich hiernach auf 22 465 000 000 Dollar beläuft und durch Schuldverschreibungen der Serien A, B. und C. gedeckt sei, von denen die Serie C. noch nicht ausgegeben sei. Bei einer festen Jahreszahlung von 475 000 000 Dollar, die vierteljährlich zahlbar ist und einer 20 prozentigen Abgabe vom Wert der deutschen Ausfuhr, die ebenfalls vierteljährlich, und zwar in bar oder in Waren, zahlbar ist, werden die gesamten Zahlungen bis zum 30. April 1923 sich auf 5 312 720 000 Dollar belaufen, die bis jetzt bezahlte Summe sei 890 000 000 Dollar.

Um die Deutschen Werke.

Auf die Forderung der Entente, größere Teile der Deutschen Werke zu zerstören, hat die deutsche Regierung an den Vorsitzenden der Interalliierten Militärkommission folgende Note gerichtet:

Die ehemaligen Werkstätten des Geeres und der Marine sind schon alsbald nach dem Ausbruch der Revolution einer völligen Umgestaltung unterzogen worden. Die anfänglich planlose Führung der Betriebe wurde einer Zentralführung übertragen, der es oblag, geordnete Verhältnisse in den Werken zu schaffen und diese ohne Verzug auf friedenswirtschaftliche Arbeiten umzustellen. Aus verschiedenen Gründen wurde hierfür die Form des privatwirtschaftlichen Unternehmens gewählt.

Die Umgestaltung der Werke in diesem Sinne war bereits erfolgt, als die Friedensbedingungen bekannt wurden. Schon zu dieser Zeit hatten also die vor-maligen „Reichswerke“ aufgehört, Geerequifabriken im Sinne des Artikels 168 des Vertrages zu sein. Um aber völlige Gewißheit darüber zu haben, daß nicht etwa auf Grund dieses Artikels zu einer Schließung der Betriebe gezwungen und damit die Existenz vieler Tausender von Arbeitern vernichtet werden könnte, wurde der Antrag an die Völkervereinigung gerichtet, sie möge sich mit dem Fortbestehen der Werke einverstanden erklären. Die Völkervereinigung hatte diesem Antrage durch die Note vom 10. Februar 1920 stattgegeben und ihr Einverständnis an die alleinige Verantwortung der Umgestaltung auf die Friedenswirtschaft geknüpft. Irgendwelche Forderungen wegen des zu wählenden Fabrikationsprogramms hat sie nicht erhoben.

Die von der Völkervereinigung gestellte Bedingung ist in wödem Umfange erfolgt. Mit sehr großem Kostenaufwande ist die dauernde Umstellung der Werke auf reine Friedensarbeit überall durchgeführt. Das bedarf für die Wahl des Fabrikationsprogramms die verschiedenen Maschinen, Einrichtungen und Materialien sowie die Fachkenntnisse der in den Werken beschäftigten Arbeiterschaft mitbestimmend waren, ist selbstverständlich, zumal die Völkervereinigung sich ja gerade mit Rücksicht auf die Weiterbeschäftigung dieser Arbeiterschaft mit der Erhaltung der Betriebe einverstanden erklärt hatte. Das nach diesem Gesichtspunkt gewählte Fabrikationsprogramm ist der Militärkontrollkommission und ihren Unterkommissionen niemals vorenthalten worden. Die Umstellung der Werke ist vielmehr unter ihren Augen unter ihrer täglichen genauen Kontrolle vor sich gegangen. Sie sind auch bisher offenbar der Ansicht gewesen, daß der von der Völkervereinigung gestellten Bedingung Genüge ge-

sehen war, denn sie haben bis in die neueste Zeit in keinem Falle Widerspruch erhoben. Nach jahrelanger mühsamer Arbeit glaubte die Delegation der Deutschen Werke, die mit der Umstellung verbundenen ungeheuren Schwierigkeiten überwunden und eine gesunde wirtschaftliche Basis gefunden zu haben, die ihrer Arbeiterschaft eine bleibende sichere Existenz gewährleisten würde. Da setzte plötzlich Schlag auf Schlag eine Reihe von Maßnahmen der Kommission ein, die in völligem Widerspruch mit deren bisherigen Haltung und mit dem Beschluß der Völkervereinigung vom 10. Februar den durch diesen Beschluß garantierten Fortbestand der Werke auf das äußerste gefährdeten.

Die deutsche Regierung ist sich bewußt, daß sie kein Verschulden trifft, aus dem sich dieser plötzliche Stellungswandel der Kommission erklären ließe. Alle diese Forderungen wie Zerstörung, Umbau und Entfernung von Spezialmaschinen für die Herstellung von Kriegsmaterial, auf Vernichtung von Geeres- und sonstigen Werken, auf Umgestaltung ganzer Gebäude und einzelner Einrichtungen sind, so weitgehend sie auch waren, erfüllt worden, um den Weltfrieden ein für allemal den Charakter von Geerequifabriken zu nehmen. Werde von vielen Millionen sind so vernichtet worden. Dafür, daß die Befestigung eine dauernde ist, bürgt nicht nur die rücksichtslos ausgeführte Kontrolle der Kommission, auch die deutsche Regierung und die Arbeiterschaft selbst steht dafür ein. Die deutsche Regierung muß Einspruch erheben, weil die neuen Forderungen der Kommission nicht nur ungerechtfertigt, sondern auch geeignet sind, in ihren Auswirkungen schwerste Beunruhigung in weite Kreise des deutschen Volkes zu tragen und die Wiedergelung des deutschen Wirtschaftskörpers ernstlich zu beeinträchtigen.

Gegen die Entschädigung der Eisenbahn.

Im Unterausschuß des vorläufigen Reichswirtschaftsrates, dessen Prüfung die Aufgabe der Organisation und der Wirtschaftlichkeit der Reichseisenbahnen ist, und dem Vertreter aller Abteilungen des Reichswirtschaftsrates angehören, fand am 11. November eine eingehende Aussprache über den, Zeitungsberichten zufolge, vom Reichsverband der deutschen Industrie gefaßten Beschluß, die Reichseisenbahnen zu enteignen, statt. In dieser Aussprache wurde von allen Ausschußmitgliedern einstimmig und mit größter Bestimmtheit der Standpunkt vertreten, daß eine Ueberführung der Reichseisenbahnen in den Besitz des Privatkapitals mit dem Interesse der deutschen Volkswirtschaft und des Bestandes des Deutschen Reiches für unvereinbar und darum für wirtschaftlich und politisch verhängnisvoll zu erachten sei.

Reichsregierung und Kriegsbeschädigte.

Berlin, 15. Nov. (W.Z.B.) Heute fand beim Reichspräsidenten unter dessen Vorsitz in Anwesenheit des Reichsarbeitsministers und des Vertreters des Reichslandes eine Besprechung mit den Vertretern der sieben Spitzenorganisationen der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen statt. Bei der Vertretung der Organisationen die durch die Teuerung hervorgerufene wirtschaftliche Notlage der Kriegsoffer schilderten und Maßnahmen zu deren Abhilfe besprachen. Im Vordergrund der Verhandlungen standen die Forderung einer Winterbeihilfe, die Erhöhung der Teuerungszulagen und die grundsätzliche Stellungnahme zu den Forderungen der Organisationen auf sofortige Reform des Reichsverzorgungsgesetzes. Der Reichspräsident und der Reichsarbeitsminister sagten sofortige Beratung der notwendigen Maßnahmen zu. Bezüglich am 21. und 22. November finden weitere Verhandlungen unter persönlicher Leitung des Reichsarbeitsministers mit den Spitzenorganisationen der Kriegsoffer im Reichsarbeitsministerium statt.

Podaruf Sinowjews an die russische Bourgeoisie

Auf der ersten Sitzung des neuen Petersburger Sowjets wurde Sinowjew zum Vorsitzenden wiedergewählt. In seiner Ansprache erklärte Sinowjew, daß man sich hinsichtlich der Periode der Revolution getäuscht habe: die heroische Epoche der Revolution sei gegenwärtig abgelaufen, und nunmehr hätten die Wirtschaftler das Wort. Die russischen Emigranten hätten zu schwanken begonnen, und ein Teil von ihnen fordere zur Rückkehr in die Heimat auf. Die Zeit sei nicht mehr fern, wo auch wir zurück zum vollen Umkehrpunkt werden. „Wir werden“, erklärte Sinowjew, „Ihnen dann sagen: Kommt!“ Im Zusammenhang mit dieser Rede Sinowjews gewinnt eine Neubeurteilung der Petersburger „Krasnaja Gascia“ Interesse, die von der Möglichkeit einer künftigen Gewährung politischer Rechte an die Bourgeoisie spricht. — Auf derselben Sitzung des Petersburger Sowjets trat der aus Deutschland geflüchtete Kommunist Brandler mit einer Begrüßungsrede hervor, worin er sein Bedauern darüber äußerte, daß die deutsche Arbeiterschaft, trotzdem Deutschland gegenwärtig eine Krise durchmache, unter den Einfluß der Reformisten geraten sei.

Demonstration bei Krupp in Essen.

Bei der Firma Friedrich Krupp A.-G., Essen, veranstalteten am Sonnabend nachmittags circa 700 Arbeiter eine Demonstration vor dem Hauptgebäude, wo zur selben Stunde die Arbeitervertreter mit der Direktion der Firma wegen Lohnerbhöhungen verhandelten. An der Demonstration, die weder von den Organisationen noch vom Arbeiterrat anerkannt war, beteiligten sich auch drillich organisierte Arbeiter.

In einer überaus stark besuchten Vertrauensmännerversammlung des Deutschen Metallarbeiterverbandes wurde am Sonntag auch das Ergebnis der Lohnverhandlungen besprochen, wobei es zu stürmischen Auseinandersetzungen kam. Ein Teil der Vertrauensmänner forderte den sofortigen Streik und griff die kommunistische Diskverwertung des Metallarbeiterverbandes heftig an, weil diese dringend vor einem aussichtslosen Streik warnte. Schließlich wurde nach stundenlangen Debatten eine Abstimmung vorgenommen. Die neue Lohnregelung wurde mit knapper Mehrheit angenommen. Zu Zwischenfällen ist es bisher noch nicht gekommen.

Der demokratische Parteitag.

In Bremen fand am Sonnabend und Sonntag der vierte Parteitag der Deutschen demokratischen Partei statt. Die Mitglieder im Lande brängten mit einem Ungeheuer, das in dieser Partei selten geworden ist, auf eine öffentliche Klärung ihrer Ziele und ihrer zukünftigen Taktik. Es handelt sich besonders um zwei Punkte: um die Haltung der Demokraten gegenüber dem Reichstagswahlkampf bzw. der Volkspartei, und zweitens um das Ausscheiden der demokratischen Minister aus der Reichsregierung. Der Parteivorstand Dr. Petersen gab das einleitende Referat. Nach dem und vorliegenden kurzen Bericht erwiderte er sich abermals als unfähig, eine Partei, die so zwischen Baum und Werk steht, wie die Demokraten zwischen rechts und links, und die trotzdem die schwerwiegende Rolle eines Junglings an der Wage in der großen Politik zu spielen hat, klar und fest durch die politischen Stürme zu leiten. Besonders seine Kritik gegen die Sozialdemokratie fallen als sehr taktlos auf. Als Zweites sprach der ehemalige Wiederbauminister Naibenan in einer zweifelhafte Rede, in welcher er ziemlich deutlich mit denen abrechnete, die ihn zur Niederlegung seines Ministerpostens mitten in den Verhandlungen um Wiesbaden gezwungen hatten. Ingleich setzte er sich auch mit denen auseinander, die aus reiner Gefühlspolitik das demokratische Schiffelein nach den Reichsparteien hin zu lenken suchten. Diese Leute, die mit den Nationalen und den Volksparteiern in Bezug auf Oberschleffen zum „beständigen Widerstand“ gegen die Entente aufgefordert hatten, fragte er, welche Mittel sie denn eigentlich hätten, diesen „Widerstand“ durchzuführen. Obwohl Naibenan sehr scharf sprach, fehlte er den Parteitag bis zum letzten Wort. Nach ihm sprach der frühere Reichsminister Preuß, dem es ebenfalls nicht recht ist, daß das Fraktionsdiktat einfach über das Ausreden der Minister bestimmt. Er will „die Staatspolitik über die Parteipolitik“ gestellt sehen, eine Forderung, die wohl theoretisch ganz schön klingt, praktisch aber doch wohl nicht so einfach durchzuführen ist, denn unser politisches Leben ist bekanntlich Parteileben. In der Diskussion trat die Kritik sehr scharf hervor. Es ist bemerkenswert, daß sie sich auch das lächerliche Kreditangebot der Industrie gehörig vornahm und die bekannten Bedingungen ablehnte. Schließlich wurde die scharfe Resolution der Opposition durch einen Vermittlungsvorschlag ersetzt, nach dem die Parteifraktion ziemlich unerblickt aufgefordert wird, die alte demokratische und republikanische Vergangenheit mehr zu respektieren. Nach dem Verkauf der Zeitung ist damit zu rechnen, daß dem Minister A. D. Naibenan gestattet werden wird, wieder in die Reichsregierung einzutreten.

Erhöhung der Margarinepreise. Im Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft fand vor einigen Tagen unter Leitung des Ministerialdirektors Dr. Hoffmann eine Konferenz über die Erhöhung der Margarinepreise statt, in der Gelegenheit zu einer eingehenden Aussprache geboten wurde. In den Beratungen nahmen Vertreter des Margarineverbandes, der Arbeitsgemeinschaft der Verbraucherverbände und der drei Gewerkschaftsrichtungen teil. Seitens der Produzenten wurden unter Vorlegung statistischen Materials die Gründe dargelegt, die eine Erhöhung des Margarinepreises notwendig gemacht haben. Mit Nachdruck wurde auf Erzeugerseite darauf hingewiesen, daß der schlechte Stand der deutschen Wälder gerade bei der Margarinefabrikation einen so starken preissteigernden Einfluß ausübt, weil fast sämtliche Rohstoffe aus dem Auslande bezogen werden müssen. Denn von dem Gesamtprodukt der Margarine entfällt nur ein verhältnismäßig geringer Teil — etwa ungefähr ein Fünftel des Wertes — auf Unkosten, Löhne, Frachten und sonstige Speesen, die zwar auch an sich erheblich teurer geworden sind, aber doch in deutscher Währung gezahlt werden. Dagegen stellen die fast ausschließlich aus dem Auslande eingehenden Rohstoffe die übrigen vier Fünftel des Wertes der Margarine dar. Eine Gegenüberstellung der Preise, die für ausländisches Rohmaterial (Öle und tierische Fette) am 1. November und am 11. November gezahlt werden mußten, ergab eine ganz ungewöhnliche Verteuerung innerhalb dieser kurzen Zeit. Die Vertreter der Margarineindustrie erklärten sich bereit, beim Margarineverband dahin zu wirken, daß bei künftigen Preisfestsetzungen Vertrauensleute der Arbeitsgemeinschaft der Verbraucherverbände und der drei Gewerkschaftsverbände hinzugezogen werden. Die genannten Organisationen werden zu diesen Beratungen Vertreter entsenden, die imstande sind, über die Berechnungen der Margarinefabriken ein Sachurteil abzugeben. Die amtliche Untersuchung der derzeitigen Margarinepreise findet ebenfalls unter Zugleichung von Verbrauchervertretern statt.

Die Arbeiterkassen in Moskau. Die Moskauer „Pravda“ (Nr. 245) schildert die trostlose Lage der Arbeiterkassen in den Moskauer Hochschulen, die bekanntlich Arbeiter und Bauern für das akademische Studium vorbereiten sollen. Die Schüler seien bereits vor zwei Monaten eingetroffen, aber die Vorlesungen hätten noch nicht begonnen und die Internate seien noch nicht eröffnet worden. Die obdachlosen Schüler müssen auf der Straße, auf Bahnhöfen oder in verlassenen Gebäuden kauptieren. Zur Verstärkung ihres Unterhalts verkaufen sie ihre letzte Habe und viele von ihnen kehren enttäuscht und erbittert in die Provinz zurück.

Mineralfeld. Wie aus Moskau berichtet wird, hat die Sowjetregierung allen Regierungen mitgeteilt, daß das Erzegebiet von Noworossisk als für die Schiffsahrt gefährlich erklärt wird, da die Stürme im Schwarzen Meer aus den Mineralfeldern Minen herausgerissen haben, die im Meer herumtreiben.

Danziger Nachrichten.

Zur Gewerbegerichtswahl.

Für den Unterbezirk Liegenhof mit den übrigen Gemeinden und Ortschaften östlich der Weichsel und des Durchstichs hat der Allgemeine Gewerkschaftsbund der Freien Stadt Danzig (Freie Gewerkschaften) 10 Kandidaten für die Weichselwahl am 4. Dezember aufgestellt.

Die Namen der Kandidaten sind folgende:

1. August Goldschmidt, Zimmerpolier, Liegenhof
2. Paul Neubert, Metzger, Neuteich
3. Ferdinand Schreiber, Maurer, Schöneberg a. d. Weichsel
4. Gottfried Materne, Arbeiter, Neuteich
5. Julius Biele, Schlosser, Brodkaal
6. Hermann Klingenberg, Maurer, Hafendorf
7. Martin Dödelitz, Arbeiter, Neuteich
8. Jakob Lendowski, Zimmerer, Neuteich
9. Albert Schöler, Maurer, Stütthof
10. Johann Versuch, Arbeiter, Neuteich.

Eine Gegenliste ist nicht aufgestellt worden und sind unsere vorgenannten Vertreter nach der Wahlordnung für die dreijährige Weichselperiode als gewählt zu betrachten. Die amtliche Bestätigung erfolgt binnen kurzer Zeit.

Allgemeiner Gewerkschaftsbund der Freien Stadt Danzig (Freie Gewerkschaften) J. A.: P. Klobowski.

In der Kandidatenliste für den Stadtbezirk Danzig muß es heißen:

11. Kurt Illan, Konditor
10. Frau Räte Dauter, Arbeiterin.

Jungsozialistengruppe.

In der Versammlung am Dienstag, den 15. November 1921, sprach Genosse Maffow über den Sozialismus im allgemeinen und den Jungsozialismus im Besonderen. Er schilderte die heutige Wirtschaftsordnung, die zur Knechtung und zur Armut des größten Teiles der Menschheit geführt habe und wies dann auf die Wege des Sozialismus, der eine neue, wirtschafts- und gesellschaftsordnung bringe. Hieran tätig mitzuarbeiten sei Pflicht aller Sozialisten. Die Jungsozialisten besonders sollen sich die Bildung aneignen, einst die Führer des Volkes sein zu können. Diese Forderung der Bildung sei das Ziel des Jungsozialismus. — Au den Vortrag schloß sich eine Diskussion an.

Sodann gab Genosse Kurt Prost im Hinblick auf die bevorstehende Eröffnung der Volkshöhle eine kurze Erläuterung zu Hofens „Die Stützen der Gesellschaft“.

Nach einem Hinweis auf das Ziel der Volkshöhle durch Genossen Maffow, vereinigten sich die Erschienenen zu einem geselligen Beisammensein unter Vortrag von Gedichten. Eine recht fruchtbare und rege Debatte über die Arbeit der nächsten Zeit bildete den Schluß.

Die nächste Versammlung findet am Dienstag, den 22. November in der Aula der Schule Heilige Geiststraße 111, abends 7 Uhr statt. Das Thema des Vortrages wird noch bekannt gegeben. Es ist Pflicht aller Sozialisten im Alter von 18 bis 25 Jahren, sich der Jungsozialistenbewegung anzuschließen. — Für die nächste Zeit ist ein Lichtbildvortrag in Aussicht genommen.

Der Prokurist nicht ohne weiteres Arbeitgeber. Das Obergericht hat in einer Sache entschieden, daß ein Prokurist nicht ohne weiteres als Arbeitgeber im Sinne der Verordnung des Demobilisierungskommissars anzusehen ist. Im

Einzelfall kann es sein, daß der Prokurist zugleich als Vertreter des Arbeitgebers erscheint und verantwortlich ist.

Ein Skandal. Im Herderbau, Inhaber Tomke, war ein langes Mädchen als Stärke engagiert und weilerte sich deshalb in der Restaurantküche tätig zu sein. Am Montag abend um 11 Uhr erschien Herr Tomke mit einem Schupobeamten in dem Schlafzimmer des Mädchens; letzterer forderte das Mädchen auf, sofort das Haus zu verlassen. Dieses weigerte sich jedoch und forderte die beiden auf, sich sofort aus dem Zimmer zu entfernen. Der Schupobeamte sah wohl das Ungeheuer seiner Handlungsweise ein und entfernte sich bald. Eine Stunde später erschien Herr Tomke abermals, diesmal von zwei Kriminalbeamten begleitet. Sie traten an das Bett des Mädchens heran, waten durch, daß es aufstand und trotz seines Protestes sich in Gegenwart der fremden Männer anziehen mußte. Die beiden Kriminalbeamten brachten das Mädchen bis an das Polizeipräsidium und stellten dann die Frage: Wo es schlafen wolle? Einer der beiden brachte es dann auf Wunsch nach der Marthaberberge. Es sei ausdrücklich festgestellt, daß kein Haftbefehl vorlag. Das Verfahren der drei Polizeibeamten entbehrte also jeder gesetzlichen Unterlage. Wir erwarten, daß Senator Schümmer die Beamten zur Rechenschaft zieht, denn jeder, auch die Frauen des arbeitenden Volkes hat Anspruch auf den Schutz der Gesebe.

Verhaftung des Frankfurter Mörder. In einem Kornfelde bei Frankfurt wurde am 28. Mai d. Jd. ein anscheinend aus Amerika eingewandener Mann ermordet und beraubt aufgefunden. Als Täter wurde von der Frankfurter Polizei ein aus Frankfurt stammender 28-Jähriger früherer Heizer Otto Matthe ermittelt und festgenommen. Matthe hat ein Geständnis abgelegt.

Pressereise der Danziger Journalisten in Polen. Die Vertreter der Danziger Presse sind gestern in Warschau eingetroffen und wurden vom Staatschef empfangen. Sie stalteten dem Ministerpräsidenten, dem Außenminister und dem Stadtpräsidenten Besuche ab. Nachmittags war ein Rundgang durch die Stadt, der in dem 300 Jahre alten Jaggerhause endete. Abends war Festvorstellung der Oper, in der „Der Schmutz der Madonna“ von Wolf-Ferrari gegeben wurde.

Kreis Großer Werder. Im Kreisblatt wird zur Bücher-sammlung für eine reichsweite aufgefodert. Das ist an sich ein guter Gedanke. Unsere Genossen bitten wir aber darauf zu achten, daß Schund- und Schmutzliteratur — dazu rechnet auch der größte Teil der sogenannten patriotischen Schriften — in der neu zu errichtenden Wanderbücherei keine Aufnahme findet.

Über-Kahlbude. Eine Gemeindevertreter-Sitzung fand am 14. November statt. An Stelle des vorzogenen Gemeindevertreters Genossen Frede, rückte der Genosse Jurtschil auf. Auf der Tagesordnung stand: 1. Ankauf von Brennholz für das Armenhaus. 2. Unterstützung der Frau Krüger. 3. Ausbeuerung des Amtsgefängnisses. 4. Verschleßenes zum Punkt 1 der Tagesordnung wurde beschlossen, daß diejenigen Gemeindeglieder, die Fuhrwerke haben, das Fuhrwerk zum Anfahren des Soljes stellen müssen. Zum Punkt 2 über die Unterstützung der Frau Krüger, die Krüppel ist und noch drei minderjährige Kinder hat, wurde beschlossen, die Unterstützung von 40 Mk. auf 60 Mk. zu erhöhen, bezugleich wurden für sie Brennholz und zwei Zentner Kartoffeln bewilligt, die vorläufig aus der Gemeindefasse gedeckt werden, später vom Landarmenverband übernommen werden. Die Unterstützung wurde gegen eine Stimme beschlossen. Die

Ausbesserung des Amtsgefängnisses der Gemeinde Ober-Kahlbude wurde dem Polizeiamt überwießen, an welchem wurden die Geis- und Verpflegungskosten für das Amtsgefängnis täglich auf 15.— Mk. festgestellt. Unter Berücksichtigung kam es zu Ausfragen wegen der Mittagskostung der Disarmen Frau Polze. Die weitere Regelung wurde dem Armenauschuss überwießen. Dann richtete Genosse Brander die Anfrage an den Gemeindevorsteher, warum die Kaffee im Gemeindefest, in welcher Sachen zur Verfeinerung kamen, die von der Polizeibehörde beschlagnahmt waren, nicht öffentlich durch eine Bekanntmachung in der Gemeinde bekanntgegeben wurde. Er kritisierte die ungeschickliche Handlung des Gemeindevorstehers, der nur seine guten Freunde dazu eingeladen hat. Zur Aufklärung brachte der Gemeindevorsteher vor, daß die Polizeibehörde es zu spät im Kreisblatt bekannt gemacht hat.

Aus dem Osten.

Die Unterschlagungen bei der Tüster Gasankalt kamen am Sonnabend vor der Tüster Strafkammer zur Verhandlung. Die unterschlagene Summe beträgt mehr als 1 Mill. Mark. Hauptschuldige ist die 33jährige Kassiererin Helene Kieditz, die seit 20 Jahren in der Gasankalt tätig war. Das Treiben der Angeklagten wurde begünstigt durch das Fehlen jeglicher Kontrolle. Das Gericht verurteilte die Angeklagte Kieditz zu 2 Jahren Gefängnis, die Kassieristin Staschul zu 11 Monaten Gefängnis und den Expedienten Dittloff zu 8 Monaten Gefängnis.

Von der polnischen Marine. Die kürzlich bekannt gemacht wurde, daß der Grundbock der polnischen Marine von einzelnen ehemals deutschen Torpedobooten gebildet werden, die auf Grund des Friedensvertrages zur Ablieferung gelangt sind, in England einem Umbau unterzogen worden und in der Woche vom 19. bis 25. September nach Polen überführt werden sollten. Diese Ueberführung von England nach Polen ist in ihrem ersten Teil nicht ohne Schwierigkeit verlaufen. Der Weitergitt dieses während der Fahrt quer durch die Nordsee durchschwärmten drablosse deutsche Hilfskreuzer die Nordsee, denen zu entnehmen war, daß ein polnischer Dampfer sich in Seenot befand. Das deutsche Hilfskreuzerboot „M. 61“ hörte die Hilfskreuzer und nahm Kurs nach der Unfallstelle, die auch gleichzeitig von dem holländischen Hilfskreuzer „Zeeland“ und einem norwegischen Schlepper angekreuzt wurde. Im Morgengrauen entdeckte „M. 61“ den polnischen Dampfer, der sich als das ehemalige deutsche Torpedoboot „M. 65“ entpuppte, das hilflos und manövrierunfähig trieb, weil ihm angeblich der Brennstoff ausgegangen war. Wie müssen sich die Offiziere verrechnet haben, wenn ihnen nach Zurücklegen des ersten Viertels ihrer Seereise bereits die Kohlen ausgegangen waren! Das polnische Torpedoboot „Julawia“, so hieß das Fahrzeug, hatte in der Zwischenzeit seinen rettenden Engel in Gestalt eines — deutschen Hilfsdampfers gefunden, der es fürsorglich in Schleppe hatte.

Thora. Vermiederte Abwanderungslust. In den hiesigen Bürgerkreisen ist ein Umschlag in der Abwanderungsfrage unverkennbar. Während bis vor kurzem durch die überfüllte Abwanderung aus besonneneren Elementen mitgeritten wurden, so bringen jetzt besonnene Stimmen, die vor über-eilter Abwanderung warnen, erfreulicherweise durch. In dem Kreis der Kaufleute und ganz besonders der Handwerker hat die vernünftige Erwägung Vorden gefaßt, daß ein sicheres alte Existenz hier einem Schritt ins Ungewisse vorzuziehen ist. Im Interesse der Stärkung des Deutschtums in Polen ist es nur zu begrüßen, daß an die Stelle von vielfach kopflastig und überfülltem Handeln endlich eine ruhige Beurteilung tritt.

Das Fährlein der lieben Anrechtchen.

Erzählung von Gottfried Keller.

11) (Fortsetzung.)

Endlich wurde das Ding dem guten Hediger zu bunt; er kratzte sich hinter den Ohren, und so eilig seine Arbeit war, zog er doch schnell den Rock an und rannte fort, den Vater der Sünderin aufzufuchen. „Wir müssen aufpassen!“ sagte er zu ihm, „deine Tochter sitzt in dickster Verwickeltheit bei meiner Alten, und es ist mir ein sehr verdächtiges Getue, du weißt, die Welber sind des Teufels.“

„Warum jagst du den Aff nicht fort?“ sagte Frymann ärgerlich.

„Ich fortjagen? Das werd ich bleiben lassen, das ist ja eine Staatsbege! Komm du selbst und sieh nach!“

„Gut, ich komme sogleich mit und werde dem Kind angemessen bedenken, was es an ihm hat!“

Als sie aber hinkamen, fanden sie statt des Fräuleins den Scharfschützen, der seine grüne Weste aufgeschleppt hatte und sich das aufgehobene Gebüß und den Rest des Weines um so besser schmecken ließ, als ihm die Mutter beiläufig mitgeteilt hatte, Hermine würde diesen Abend wieder einmal auf dem See fahren, da es so schöner Mondschein und schon vier Wochen her sei, seit sie es getan.

Karl fuhr um so zettiger auf den See hinaus, als er mit dem Papstentwurf, den die Zürcher Trompeter in himmlischen Harmonien erklingen lassen in schöner Frühling- und Sommer-nachten, wieder einträdeln mußte. Es war noch nicht völlig dunkel, da er vor den Zimmerplatz kam; aber o weh, des Herrn Frymanns Bovichen schwamm nicht wie sonst im Wasser, sondern lag umgekehrt auf zwei Böden, wohl zehn Schiffe vom Ufer entfernt. Sollte das eine Propeller sein oder ein Streich von dem Alten? dachte er und wollte eben betritt und aufgebracht abfahren, als der große goldene Mond aus den Wäldern des Blichendens heraufstieg und zugleich Hermine hinter einer blühenden Weide hervortrat, die ganz voll gelber Kästchen hing.

„Ich mußte nicht, daß unser Schiff neu an- wird.“ flüsternte sie, „ich muß daher in deinem kommen.“ „Ich schneid wegl!“ Und sie sprang leichten Fußes zu ihm hinein und setzte sich ans andere Ende seines Jagers, der kaum sieben Schuh lang war. Sie jubelten hinaus, bis sie jedem spähenden

Blick entzogen, und Karl stellte unverweilt Hermine wegen Mischstahl zur Rede, indem er dessen Worte und Taten erzählte.

„Ich weiß,“ antwortete sie, „daß dieser Monsieur mich zur Frau begehrt und daß mein Vater sogar nicht adgenetigt ist, ihm zu willfahren; er hat schon davon gesprochen.“

„Kümmst du denn der Teufel, dich diesem Strolch und Tagelöhner zu geben? Wo bleiben denn seine gravitätischen Grund-sätze?“

Hermine juckte die Achseln und erwiderte: „Der Vater hat einmal die Idee, eine Anzahl großer Häuser zu bauen und damit zu spekulieren; darum möchte er einen Schmeigler-sohn haben, der ihm darin zur Hand geht, besonders was das Spekulieren betrifft, und, indem er für das Ganze besorgt ist, weiß, daß er seinen eigenen Nutzen fördert. Er denkt sich ein gemeinschaftliches, vergütetes Schaffen und Spekulieren, wie er es gewöhnlich hätte mit einem eigenen Sohne zu teilen, und nun scheint ihm dieser Herr das rechte Genie dazu zu sein. Dem fehlt nichts, sagt er, als ein tüchtiges Geschäft-sleben, um ein ganzer Praktikus zu werden. Von seiner ein-fältigen Lebensart weiß der Vater nichts, weil er nicht auf das Tun der Leute sieht und nirgends hinkommt als zu seiner alten Freundin. Kurz, der Mischstahl ist morgen, da es Sonntag ist, bei uns zum Essen eingeladen, um die Bekanntschaft zu befestigen, und ich fürchte, daß er gleich mit der Lar und Haus fallen wird. Er ist zudem ein schändlicher Wohlthäter und frecher Mensch, wie ich gehört habe, wenn er etwas er-schuppen will, woran ihm gelegen ist.“

„Ei nun,“ sagte Karl, „so wirst du ihn gedüßig ab-trumpfen!“

„Das werde ich auch tun; aber besser wäre es, wenn er gar nicht käme und meinen Papa im Stich ließe.“

„Das wäre freilich besser; aber es ist ein frommer Wunsch, er wird sich wohl hüten, wegzubleiben.“

„Ich habe mir einen Plan ausgedacht, der freilich etwas sonderbar ist. Zunächst bu ihn nicht heute noch morgen früh an einer Dummelei verführen, daß ihr miteinander Arrest erheisset für vierundzwanzig oder achtundvierzig Stunden.“

„Du bist sehr gut, mich zwei Tage ins Loch zu schicken, um dir ein Klein zu ersparen! Tuft du's nicht billiger?“

„Es ist notwendig, damit unser Gewissen nicht zu sehr leidet, daß du das Verden mit ihm teilst! Was das Klein

betrifft, so wünsche ich gar nicht in die Lage zu kommen, in oder nein zu dem Menschen sagen zu müssen; es ist schon genug, daß er in den Kasernen von mir spricht. Weiter soll er es nicht einmal bringen.“

„Du hast recht, mein Schätzchen! Dennoch denke ich den Schlingel allein ins Loch spazieren zu lassen, es dämmert mir ein Projekt auf. Doch genug hiervon, es ist schade für die köstliche Zeit und um den goldenen Mondschein! Denkst du dir nichts dabel?“

„Was soll ich mir dabei denken?“

„Daß wir uns vier Wochen nicht gesehen haben, und daß du heute nicht wohl ungekühlt das Land betreten darfst.“

„Willst du mich etwa küssen?“

„Ja, ich! aber es eilt mir gar nicht, ich habe dich zu sicher in der Hand! Ich will mich noch einige Minuten, vielleicht fünf, höchstens sechs darauf freuen!“

„So! Ist das nur der Dant für mein Vertrauen, und ist es dir wirklich ernst? Küßst du nicht mit mir unterhandeln?“

„Und wenn du mit Engelsaugen redest, mitnichten! Jetzt ist guter Rat einmal teuer, mein Fräulein!“

„So will ich Ihnen auch etwas vortragen, mein Herr. Wenn du mich heute abend noch nur mit einer Fingerspitze verkehrt gegen meinen Willen, so ist es mit zwischen uns, und ich werde dich nie wieder sehen; das Schwöre ich dir bei Gott und bei meiner Ehre! Denn es ist mir ernst!“

Ihre Augen funkeln, als sie das sagte. „Das wird sich dann schon geben,“ erwiderte Karl, „hätte dich nur Küß, ich werde dich bald kommen!“

„Ei, was du willst!“ sagte Hermine kurz und schweig. „Aber sei es, daß er sie doch für schuldig hielt, ihr Wort zu halten, oder daß er selbst nicht wünschte, daß sie ihren Schwur bräche, er blieb gedehnt an seinem Platz sitzen und schaute mit blitzenden Augen zu ihr hinüber, im Mondlichte stehend, ob sie nicht mit den Mundwinkeln zuckte und ihn auslachte.“

„Ich muß mich also wieder mit der Vergangenheit rechen und durch meine Erinnerungen erlösen.“ begann er nach einer kleinen Stille; „wer sollte es diesen strengen, festgeschlossenen Mündchen ansehen, daß es vor vielen Jahren schon so süße Küsse zu geben mußte?“

„Fängst du wieder an mit deinem unverstämten Erzählungen? Aber wisse, daß ich das ärgerliche Zeug auch nicht länger anhören will!“ (Fortsetzung folgt.)

Genossenschaftliches.

Konsumgenossenschaftliche Kartoffelversorgung. Die mangelnde Ernte bei der diesjährigen Kartoffelversorgung haben auch zu mehrfachen Erhöhungen in der Konsumgenossenschaftlichen Rundschau geführt. In deren Nummer vom 12. November werden zum Beweise dessen, daß es sehr wohl möglich ist, bei verständigem Zusammenarbeiten mit den Produzentenverbänden eine geordnete Versorgung der Städte zu erreichen, und dafür, daß sich wahnwitzige Preistreiberereien am besten vermeiden lassen, wenn die Verbraucher sich organisieren und dann ruhig Blut bewahren, einige Vorgänge aus der Hamburger Genossenschaft „Produktion“ veröffentlicht, die zu Ruh und Frieden aller Verbraucher auch hier mitgeteilt sein mögen: Die Konsumgenossenschaft „Produktion“, Hamburg, hat die Versorgung über weitläufigen Tätigkeitsbereich mit Kartoffeln für den Winter in ganz umfangreicher Weise in die Hand genommen. Durch rechtzeitigen Abschluß von Verträgen mit landwirtschaftlichen Genossenschaftsverbänden der Uckermark hat sie sich gewaltige Mengen Kartoffeln und sorgte auch nach Möglichkeit für rasche Zufuhr. Um der minderbemittelten Bevölkerung die Einnahme von Winterkartoffeln zu erleichtern, schritt sie zum sogenannten Schutenverkauf (aus Röhren an Wasserleitungen) in allen Stadt-

teilen, wo solcher möglich war. Sie bot Kartoffeln zu 60 bis 65 Mark an, mußte aber erleben, daß die Verbraucher sie nicht ließen, offenbar in der Erwartung, die Ware werde noch billiger werden. Als dann die Stimmung plötzlich umschlug, rief man sich um die Ware, so daß die Geschäftsleitung Vorsichtsmassregeln treffen mußte, um zu verhindern, daß Kleinbändler — und zu denen gesellen sich leider auch Verbraucher, selbst organisiert — mit ihrer billigen Ware Privatgeschäfte machen könnten. Erfreulicherweise ist die „Produktion“ dank ihrer vorsorglichen Maßnahmen in der Lage, den Großhamburger Kartoffelmarktpreis wesentlich zu beeinflussen. Bisher schloß sie für den Schutenverkauf 500 Waggons (10000 Zentner) ab, wovon 300 Waggons (60000 Zentner) bereits erledigt sind. In den Warenabgabestellen gelangten bisher 10000 Zentner im Kleinverkauf zur Verteilung, und in der Hauslieferung sind 8000 Zentner teils bereits abgefahren, teils geschieht dies in nächster Zeit. Als Reserve für Notfälle ist die Einlagerung weiterer 25000 Zentner vorgesehen, von denen 18000 Zentner bereits eingelagert sind. Das sind gewaltige Mengen, die ohne Preisüberbietung gekauft sind und ohne Preiswucher abgegeben werden, während ein Teil der Kartoffelgroßhändler bereits auf das unter den obwaltenden Verhältnissen undankbare Geschäft verzichtet hat, nach Hamburg zu fliehen. Zum völligen Verständnis sei noch bemerkt, daß in Hamburg, wie auch in anderen Industriegebieten Deutschlands, die Kartoffel-

preise natürlicherweise immer höher gewesen sind als in Kartoffelanbaugebieten, so daß der von der „Produktion“ in Anfang gebrachte und von ihr bestimmte Preis sich in jedem Fall als günstig erweist.

Bermischtes.

Große Defraudationen in der Moskauer staatlichen Schatzkammer. Nach einer Meldung der Moskauer „Iswestija“ fand vor dem Obersten Tribunal der Sowjetrepublik ein Prozeß gegen 64 Beamte der staatlichen Schatzkammer statt, die eines systematischen Diebstahls an Brillanten, Platin und Gold angeklagt waren. Mehrere Verurteilte sind erschossen worden. Ein höherer Beamter allein hat Werte im Betrage von 15 Milliarden Rubel veruntreut.

Der Saarbrücker Konflikt. Der Verwaltungsausschuß der Saarregierung hat auf Grund des § 58 Absatz II des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung in Preußen vom 30. Juli 1888 bestimmt, daß den Gemeindebeamten ihre Bezüge in Franken ausbezahlt werden müssen! Da dreiviertel der Saarbrücker Einwohner nur Markeneinkommen haben, also auch nur in Mark Steuern, Gas, Wasser und Strom bezahlen können, ist nicht abzusehen, wie die Stadt diesen Befehl ausführen soll.

Ämliche Bekanntmachungen.

Auf Grund der Bekanntmachung über die Errichtung eines Reichsamtes für die wirtschaftliche Demobilisierung vom 14. November 1918 (RVL S. 1304) und der Verordnung über den Erlaß von Strafbestimmungen durch das Reichsamt für die wirtschaftliche Demobilisierung vom 27. November 1918 (RVL S. 1339) verordne ich mit Zustimmung des Demobilisierungsamtes was folgt:

Einziger Paragraph:

Den Arbeitgebern in Danzig wird es verboten, ländliche, von außerhalb zuziehende oder seit dem 1. Januar 1919 zugezogene, noch nicht in Stellung befindliche Arbeitskräfte, insbesondere auch Hausangestellte und Dienstmädchen in Arbeit zu nehmen. Auch ist es verboten, derartige Arbeitsverträge zu vermitteln. Letzteres Verbot gilt nicht für die amtlichen Arbeitsnachweise. Zuwiderhandlungen werden mit Geldstrafe bis zu 300.— Mark bestraft.

Diese Verordnung tritt mit dem Tage der Veröffentlichung in Kraft.

Danzig, den 9. Januar 1919.

Der Demobilisierungskommissar.

Vorstehende Verordnung wird hiermit in Erinnerung gebracht. Zuwiderhandlungen werden wir strafrechtlich verfolgen.

Danzig, den 14. November 1921. (5370)

Senat — Arbeitsamt.

Öffentliche Steuermahnung.

Die rückständigen Steuern für das III. Vierteljahr (Oktober-Dezember) 1921 sind bis zum 22. November d. Js. an die unterzeichnete Kasse zu entrichten.

Von diesem Tage ab werden die Steuern kostenpflichtig beigetrieben.

Bei Zahlung auf bargeldlosem Wege oder durch die Post hat die Einzahlung unter genauer Bezeichnung des Abnehmers und des Steuerzeigens so rechtzeitig zu erfolgen, daß der Betrag spätestens am 22. November d. Js. der Kasse zugeführt ist, widrigenfalls die Beitreibungskosten fällig werden und mit einzuladen sind.

Diese Bekanntmachung gilt als Mahnung im Sinne des § 7 der Verordnung betreffend das Verwaltungszwangsverfahren vom 15. November 1899.

Mahnung des einzelnen Steuerschuldners erfolgt nicht.

Kassenstunden werktäglich von 9—1½ Uhr vormittags.

Danzig, den 10. November 1921. (5569)

Städtische Steuerkasse.

Sporthalle

Dr. Allen DIELE Telef. 706

Inhaber: Reinhard Bahlig

Täglich 4½ Uhr nachmittags

KONSTLER-KONZERT

Emil Wehrhahn, Kapellmeister

Künstlerkapelle Herbert Schrammeln

Nocca Kola Weinweg Echtes Bier

Stadttheater Danzig.

Direktion: Rudolf Schaper.

Donnerstag, den 17. November, abends 7 Uhr:

Dauerkarten D 1.

Das Glöckchen des Eremiten

Komische Oper in 3 Akten. Musik von Aimé Maillart.

Personen wie bekannt.

Freitag, abends 7 Uhr: Dauerkarten E 1. „Ranon, die Wirtin vom goldenen Damm.“ Operette.

Sonabend, abends 7 Uhr: Dauerkarten A 2. Er-möglichte Preise. „Die Hermannschlacht.“

Sonntag, abends 7 Uhr: Dauerkarten haben keine Giltigkeit. „Tiefstand.“ Musikdrama.

Freie Volksbühne

Danziger Festhalle (Werkspellschhaus).

Heute, Donnerstag, den 17. November, Serie A

Eröffnungsvorstellung

Die Stützen der Gesellschaft

Schauspiel in 4 Aufzügen von Henrik Ibsen.

Soalldnung 6½, Anfang pünktlich 7 Uhr.

Ausgabe der Programmern erfolgt nur gegen Vorzeigung der Mitgliedskarte am Saaleingang.

Wilhelm-Theater

vereint mit dem Stadttheater Loppot. Dir. Otto Normann

Heute, Donnerstag, den 17. Novbr.:

Vereinabstimmung.

Morgen, Freitag, d. 18. November,

abends 7½ Uhr

Kasseneröffnung 6 Uhr.

„Nixchen“

Operette in 3 Akten von Osk. Straus.

Vorverkauf in Warenhaus Gebr. Freyman, Kohlmarkt, von 10 bis 4 Uhr täglich und Sonntag von 10 bis 12 Uhr an der Theaterkasse. (5510)

„Libelle“

Täglich: Musik, Gesang, Tanz

Tuch-Handlung

verbunden mit (5546)

Herrn-Maxschneiderei

Emil Schultz

Danzig, Schmiedegasse 9

bisher Mail. Galzigasse 112.

Soeben erschienen!

Allgemeine Geschichte des Sozialismus und der sozialen Kämpfe III. Teil:

Neue Zeit

von R. Beer

Preis 12.— Mark

Buchhandlung Volkswacht

Am Spandhaus 6 und Paradiesgasse 32

Schneider

auf England, Sacco, Westen und Hosen

gesucht! (5566)

Meldungen mit Probearbeit und Ausweis bei

Knobloch & Rosenmann,

Serren- u. Anabenkleiderfabrik,

Löpfergasse 1—3.

Für unsere Werkstatt mit elektr. Betrieb

suchen wir für sofort

Reinigungs-

Schneider und

Näherinnen

für dauernde Beschäftigung.

Knobloch & Rosenmann,

Serren- und Anabenkleiderfabrik,

Löpfergasse 1—3. (5567)

Kleine Anzeigen

in unserer Zeitung sind billig und erfolgreich.

Morgens



ist der erste Ruf, der durchs Haus erschallt, wenn man nach dem Schlaf, wegen dem Gehalt.

Erdal

putzt die Schuhe, pflegt das Leder

Alleinhersteller: Werner & Mertz A-G, Mainz. (5486)

Soeben erschienen!

Arbeiter-Notiz-Kalender

1922

Preis 4.— Mark.

Buchhandlung Volkswacht,

Am Spandhaus 6 und Paradiesgasse 32.

Kell-Schaukelpferd

zu verkaufen. Hornschu, Stützwinke 6 vt. Hinterb.

Hobeldänke

Ufrier-Werkzeuge und

Dickenschmelzmaschinen gel.

Sajowski & Co., Langfuhr, Al.-Hammerweg 11. (5565)

Maschinenschreiben

auch auf poln. Masch.

Tages- und Abendkurse

Otto Siede, Neugarten 11, 1

1a trockenes

ofenfertiges

Stubbenholz

Eiche, Buche, Zentner

19,50 ab Lager Al-

Schottland 1/2. (5465)

Wilhelm Prillwitz.

Telefon 2530.

Halpaus



Reinmeister

QUALITÄT

UNERREICHT

DIE NEUE DICKE ZIGARETTE

ohne Mundstück 20 Pfg.

mit Goldmundstück 25 Pfg.